LETZTE MELDUNGEN

Leuthard gedenkt Kriegsopfern

HILFIKON Der Kanton Aargau hat am Samstag eine Gedenkfeier für die 3000 Gefallenen des zweiten Villmergerkrieges organisiert. Der militärische Konflikt zwischen den reformierten und den katholischen Orten der Eidgenossenschaft 1712 zählt zu den blutigsten Konflikten der Schweiz. Bundesrätin Doris Leuthard sagte, dass «Villmergen nie umsonst gewesen sein dürfe» und plädierte für ein «kritisch-konstruktives Vertrauen» gegenüber Institutionen und Menschen. Leuthards Wohn- und Heimatgemeinde Merenschwand liegt nur 13 Kilometer von Villmergen entfernt. Auch Susanne Hochuli, Landammann des Kantons Aargau, nahm an der Feier teil. (RED)

Öko-Terroristin aus Gefängnis entlassen

BERN. Von der Öffentlichkeit unbemerkt wurde Silvia Guerini, eine von drei in der Schweiz inhaftierten Öko-Terroristen, am 4. Juli aus der Haft entlassen. Sie gehörte zu dem Dreier-Kommando, das 2010 das IBM-Forschungslabor in Rüschlikon ZH in die Luft jagen wollte. Die Öko-Organisation, der die drei Anarchisten angehören, wurde diese Woche von der italienischen Polizei zerschlagen. Bei einer Grossrazzia wurden im Raum Bologna (I) rund 20 Mitglieder der militanten Gruppe verhaftet. Diese soll zahlreiche Anschläge verübt haben. (RED)

Brückenwagenrennen: Zwei Verletzte, Pferd tot

SAIGNELÉGIER Beim Vierspänner-Brückenwagenrennen am Marché Concours in Saignelégier ist am Samstag ein Gespann schwer verunglückt. Kurz nach dem Start krachte der Wagen in eine Abschrankung, die drei Personen darauf wurden weggeschleudert. Eine Frau und ein Mann wurden mit der Rega ins Inselspital nach Bern geflogen. Ein Pferd musste darauf eingeschläfert werden. (RED)

Mann in Altstetten von Zug erfasst und getötet

ZÜRICH Am Bahnhof Altstetten ist am Samstag ein 65-jähriger Mann von einem von Basel kommenden Schnellzug erfasst und getötet worden. Trotz Vollbremsung konnte der Lokführer den Zug nicht mehr rechtzeitig bremsen. Der Unfallhergang ist unklar. Die Polizei sucht Zeugen. (RED)

WETTER

Meist sonnig

Heute scheint bei rund 26 Grad die Sonne, bis sich nachmittags Quellwolken bilden und das Gewitterrisiko steigt. 24

GEWINNZAHLEN

Schweizer Zahlenlotto Plus:

18 22 29 31 35 37		44
Plus-Zahl (Plus)		2
Replay-Zahl		5

Die Gewinne:

6 Plus	1 à CHF	19 013 902.55
6	0 à CHF	-
5 + ZZ Plus	0 à CHF	-
5 + ZZ	0 à CHF	-
5 + Plus	10 à CHF	9496.45
5	37 à CHF	5626.30
4 Plus	425 à CHF	100.00
4	1875 à CHF	50.00
3 Plus	8364 à CHF	12.00
3	36 377 à CHF	6.00

Joker:

2	2	3	9	3	1

6	1 à CHF	316 528.00
5	2 à CHF	10 000.00
4	25 à CHF	1000.00
3	218 à CHF	100.00
2	2256 à CHF	10.00

Euro Millions:

11 17 21 48 50 Sterne 9/10

FRAU UND BERUF

Durchbruch bei Frauenquote

Lange galten Frauenquoten als unpopulär – doch der Druck aus Europa beginnt zu wirken

Nun kommen Frauenquoten auch in der Schweiz. Basel führt sie gerade ein für Verwaltungsräte in staatlichen Betrieben. In Bern fordert das Parlament gar eine umfassende Frauenquote für Kaderpositionen.

VON **OTHMAR VON MATT**

Das hätte sie so nicht erwartet, wie sie selbst zugibt. Als die Berner SP-Stadträtin Lea Kusano Unterschriften für eine Motion zu einer 35-Prozent-Frauenquote sammelte, unterschrieben selbst Bürgerliche. Frauen wie Männer genauso. Und bürgerliche Männer baten Kusano gar, auch bei ihnen vorbeizukommen. «Extrem leicht» sei es gewesen, 42 von total 80 Unterschriften des Berner Stadtparlaments zu erhalten, sagt Kusano.

Auf 45 Unterschriften schätzt sie das Potenzial der Motion mit politischer Sprengkraft, welche die interfraktionelle Frauengruppe des Stadtparlaments lancierte. Neben Kusano gehören ihr Jacqueline Gafner Wasem (FDP) an, Christine Michel (GB), Judith Renner-Bach (BDP), Rahel Ruch (JAl), Barbara Streit-Stettler (EVP), Daniela Lutz (GFL) und Béatrice Wertli (CVP). «Wir fordern zugunsten des bisher untervertretenen Geschlechts die Einführung einer Geschlechterquote von 35 Prozent in den Kaderpositionen der städtischen Verwaltung sowie in den öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt Bern», steht da. Und: «Die Geschlechterquote ist als verbindliche Zielvorgabe zu formulieren.»

Ende August dürfte die Motion vor das Stadtparlament kommen. Die Regierung will sie zwar entgegennehmen, aber nicht als verbindliche Motion, sondern als unverbindliches Postulat. Der Berner Gemeinderat gesteht aber in seiner Antwort auf die Motion zwei Dinge ein. Erstens: Die bisherige Politik sei nicht wirklich erfolgreich. «Absolut gesehen» sei die Anzahl Frauen in Kaderstellen zwischen 2002 und 2009 «relativ konstant» geblieben. «Nahezu jeder vierte Mann (24,3 Prozent), aber nur jede zehnte Frau (10 Prozent) haben eine Kaderposition inne.» Und zweitens: Die Stadt habe bisher im Gleichstellungs-Controlling auf überprüfbare Zielvorgaben verzichtet. Das aber widerspreche den heutigen Anforderungen. «Erst messbare Ziele ermöglichen eine effektive und effiziente Umsetzung.»

Neben Bern ist auch Basel auf dem Weg zu einer Frauenquote. Der Grosse Rat hatte im September 2009 eine Motion von Brigitta Gerber (BastA) überwiesen. Sie verpflichtet den Kanton dazu, 30 Prozent der Sitze in den Aufsichtsgremien von Unternehmen des öffentlichen und halb-öffentlichen Bereichs an Frauen zu vergeben. Es hatte sich gezeigt, dass von 24 nur gerade 6 Firmen die 30-Prozent-Marke knackten. «Wir sind daran, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten», sagt Leila Straumann, Leiterin der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern.

ÜBER NACHT SOZUSAGEN sind Frauenquoten in der Schweiz zum ernsthaften Thema geworden. «Das ist mir auch aufgefallen», sagt Berns Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Für Lea Kusano, die Erstunterzeichnerin der 35-Prozent-Motion, ist klar, dass sich das Umfeld verändert hat. «Es gibt eine neue Welle junger, sehr gut ausgebildeter Frauen, die sich wieder für Frauenanliegen einsetzen», sagt sie. «Diese mögen nicht mehr über an sich selbstverständliche Dinge diskutieren.» Dazu kämen jene Frauen mittleren Alters, welche die Nase voll hätten zuzusehen, «wie Männer vorbeischwimmen und Frauen stagnieren».

Diese Verärgerung zeigte sich diese Woche auch in der Frauenzeitschrift «Annabelle» deutlich. «Wenn sich in absehbarer Zeit Substanzielles ändern soll, dann führt kein Weg daran vorbei, über eine gesetzlich verankerte Frauenquote nachzudenken», schreibt Publizistin Esther Girsberger. Auch wenn Quoten

> «Es gibt eine neue Welle junger Frauen, die sich wieder einsetzen.»
>
> LEA KUSANO, BERNER STADTRÄTIN

«eher rabiat und unpopulär» seien. «Wir Frauen beweisen gern, dass wir gut sind. Dafür brauchen wir eine kritische Grösse und deshalb eine gesetzliche Quote.» Die «Annabelle» will das Thema in den kommenden Ausgaben vertiefen. Es ist der Druck aus Europa, der die Zeitschrift dazu inspiriert hat. Nicht nur nordeuropäische Länder wie Norwegen und Holland haben Quotengesetze eingeführt. Auch Frankreich tat es vor einem Jahr. Und die EU will nachziehen. In der Schweiz gab es auf Bundesebene drei Versuche, Frauenquoten zu installieren. 1990 verlangte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) eine Quote für die Bundesbehörden. 2008 war es SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi (GE), die eine 30-Prozent-Frauenquote für die Verwaltungsräte von börsenkotierten Unternehmen wollte. Und 2009 forderte die Grüne Katharina Prelicz-Huber (ZH) gar eine 40-Prozent-Frauenquote für Verwaltungsräte von Firmen mit über 200 Beschäftigten. Alle drei Vorstösse wurden abgelehnt – und hängig ist keiner mehr.

Der Bundesrat hat inzwischen immerhin eine indirekte Quotenregelung eingeführt. 2011 gab er für die verschiedenen Kaderstufen der Verwaltung Soll-Werte vor: Im mittleren Kader sollen 29 bis 34 Prozent Frauen sein, im obersten Kader 16 bis 20 Prozent. Innenministerium (EDI) und Wirtschaftsdepartement (EVD) erfüllen diese Zielvorgaben ganz, Aussenministerium (EDA), Bundeskanzlei und Justizdepartement (EJPD) zumindest teilweise (siehe Tabelle).

In den «Weisungen des Bundesrates zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann in der Bundesverwaltung» hielt die Regierung 2003 fest: «Die für die Anstellung Verantwortlichen berücksichtigen Bewerbungen des untervertretenen Geschlechts bei gleichwertiger Qualifikation so lange vorrangig, bis innerhalb einer Organisationseinheit ein paritätisches Verhältnis zwischen Frauen und Männern besteht.»

Zudem verlangt der Bundesrat, dass Personalwerbung so gestaltet ist, dass sie «beide Geschlechter gleichermassen anspricht». Ein militärischer Grad etwa darf nur dort verlangt werden, wo er unerlässlich ist. Gleichzeitig soll vor jeder Ausschreibung geprüft werden, ob sich die Stelle für flexible Arbeitsformen wie

> «Personalwerbung muss beide Geschlechter gleichermassen ansprechen.»
>
> WEISUNGEN DES BUNDESRATS VON 2003

Teilzeit, Job-Sharing oder Telearbeit eignet. Bei den bundeseigenen Betrieben hingegen, gestand Justizministerin Simonetta Sommaruga in der Fragestunde der Märzsession ein, «ist die Vertretung der Frauen häufig noch nicht zufriedenstellend». Dort werde der Bundesrat seine Anstrengungen «verstärken müssen».

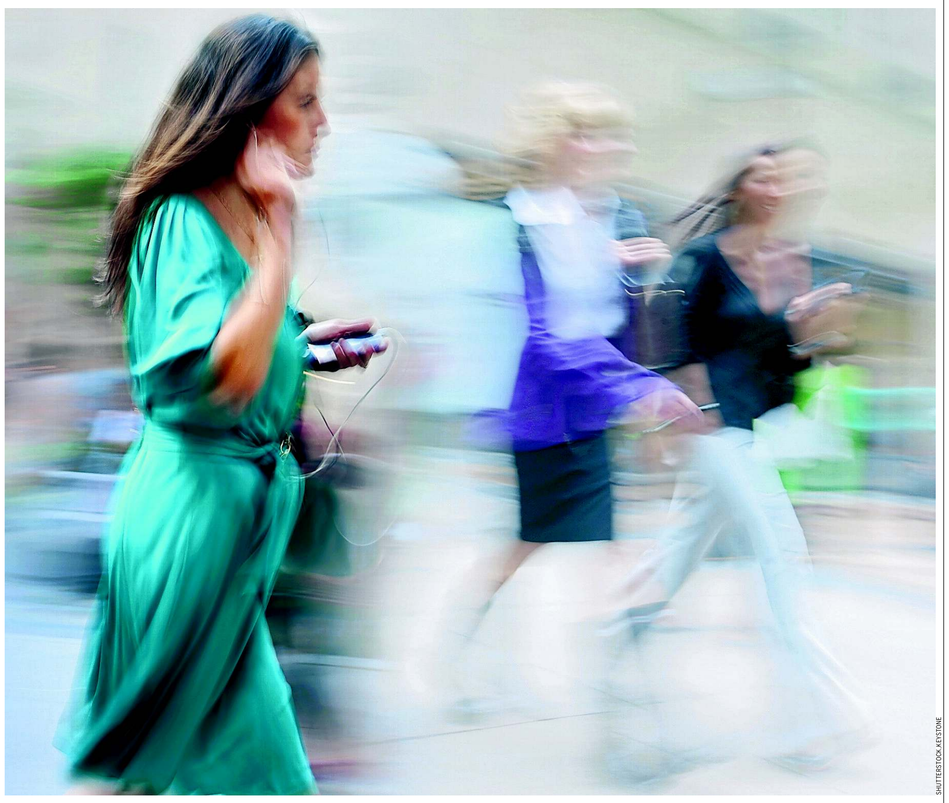
In Bern selbst ist ein Graben auszumachen zwischen Regierung und Parlament. Obwohl die Frauen im Gemeinderat mit drei von zwei Mitgliedern die Mehrheit bilden, sperrt er sich gegen die verbindliche 35-Prozent-Quote. «Die Stossrichtung der Motion ist zwar völlig richtig», sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät. «Nur ist die Vorgabe in gewissen Sparten nicht erfüllbar.» Deshalb wolle die Regierung das Anliegen nur als Postulat entgegennehmen. «Es macht ja keinen Sinn, unehrlich zu sein.»

DAMIT SIND DIE MOTIONÄRINNEN nicht einverstanden. «Ich will die Motion auf keinen Fall umwandeln», sagt Kusano. «Und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gruppe das will.» So scheint in der Stadt Bern eine Abstimmung über die Quote programmiert. «Wir Jungfreisinnigen prüfen ein Referendum», sagt Stadtrat Bernhard Eicher. «Die Quote ist eine Beleidigung der Frau, die als schwach und schutzbedürftig dargestellt wird.» Nur, so Eicher: «Das ist sie längst nicht mehr.»

Eicher ist mit dieser Haltung schon im Parlament in der Minderheit. Und gerät es sogar europaweit. «Ich bin kein Fan von Quoten», sagte EU-Justizkommissarin Viviane Reding. «Aber ich mag die Ergebnisse, die Quoten bringen.»

DIE NACHBARLÄNDER

Italien: Am 12. August tritt in Italien ein Quotengesetz für Führungsetagen in Kraft. Es ist auf neun Jahre befristet. In dieser Zeit soll die Frauenquote in Verwaltungsräten von 4 auf 34 Prozent gesteigert werden. Die Bussen gehen bis zu einer Million Euro.
Frankreich: Bis 2014 sollen 20 Prozent und bis 2017 40 Prozent der Vorstandsmitglieder weiblich sein. Halten sich die Unternehmen nicht daran, drohen Geldstrafen oder das Aussetzen von Sitzungsgeldern.
Deutschland: Familienministerin Kristina Schröder plädiert noch zu einer «Pflicht zur Selbstverpflichtung». Falls der Frauenanteil in Führungsgremien bis 2013 nicht auf rund 10 Prozent in Vorständen und rund 30 Prozent in Aufsichtsräten ansteigt, droht sie mit der gesetzlichen Einführung einer flexiblen Quote.
Österreich: Das Land verpflichtete sich auf einen Stufenplan. Er sieht bei Staatsbetrieben einen Frauenanteil von 25 Prozent bis 2013 vor und 35 Prozent bis 2018.



SHUTTERSTOCK/KEYSTONE

KADERFRAUEN: DIE QUOTEN-RANGLISTE DER EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTE

	1. EDI	2. EVD	3. EDA	4. Bundeskanzlei	5. EJPD	6. Uvek	7. EFD	8. VBS
Vorsteher	Alain Berset (SP)	Johann Schneider-Ammann (FDP)	Didier Burkhalter (FDP)	Corina Casanova (CVP)	Simonetta Sommaruga (SP)	Doris Leuthard (CVP)	Eveline Widmer-Schlumpf (BDP)	Ueli Maurer (SVP)
Mittleres Kader (Soll: 29–34%)	**45,2%**	**34,8%**	**34,2%**	**45%**	28,9%	22,9%	16,4% *	11,7% *
Oberstes Kader (Soll: 16–20%)	**24,2%**	**18,5%**	13,4%	–	**18,1%**	12,6%	13,1%	2,4%

Fett: Die Soll-Vorgaben des Bundesrates sind erfüllt
* Die Bereiche Verteidigung des VBS (11–12 Prozent) und die Grenzwache des EFD (8,5–10,5 Prozent) erhielten besondere Soll-Vorgaben

«Ausgangslage und Chancengleichheit verbessern»: Simonetta Sommaruga.
KEYSTONE

«Frauenquote ist ein Reizwort, polarisiert sofort»

Justizministerin Simonetta Sommaruga über Frauenquoten, Familienpolitik und über ihre Erfahrungen, die sie in Norwegen gemacht hat

VON **OTHMAR VON MATT**

Frau Bundesrätin, Sie waren in Norwegen. Und Sie waren beeindruckt über die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Ist Norwegen ein Vorbild?

Simonetta Sommaruga: Norwegen ist vor allem in Bezug auf die Familienpolitik ein sehr fortschrittliches Land. Es tut sehr viel, es hat einen Elternurlaub eingeführt, einen Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub. Das Resultat, das sich in Norwegen sehr deutlich zeigt: Vor allem Frauen – aber auch die Männer – müssen sich nicht mehr zwischen Beruf und Familie entscheiden. Beides ist vereinbar. Sie müssen auch nicht zurückstufen, auf gewisse anspruchsvolle Tätigkeiten verzichten. Dafür braucht es allerdings verschiedene Instrumente. In Norwegen zeigte sich: Eltern- und Vaterschaftsurlaub ist ein sehr wirksames Instrument. 90 Prozent der norwegischen Väter nutzen diesen Urlaub heute.

Wichtig ist, dass Frauen auch Kaderjobs erhalten?

Es müssen nicht immer nur Kaderjobs sein. Die Möglichkeiten der Frauen dürfen aber nicht wegen der Familie massiv eingeschränkt werden. Die Norweger sagten sehr deutlich, sie könnten nicht auf das gewaltige Potenzial der sehr gut qualifizierten Frauen verzichten. Ich teile diese Auffassung. In gewissen Studienrichtungen haben wir heute eine Mehrzahl von Frauen, etwa in der Medizin. Auch volkswirtschaftlich haben wir ein Interesse daran, dass die Frauen im Arbeitsmarkt integriert sind. Gerade, wenn sie teure und lange Ausbildungen hinter sich haben, gut qualifiziert sind. Das sind Überlegungen, die sich jeder Staat machen muss.

Auch deshalb, weil die Wirtschaft die Arbeitskräfte heute in der EU holt?

Die Integration der Frauen in den Arbeitsprozess ist auch im Zusammenhang mit der Zuwanderung wichtig. Wir müssen sehen, was wir im eigenen Land abdecken können. Bei den Frauen gibt es noch Potenzial. Wobei ich Frauen nicht gegen Ausländer ausspielen will. Das ist mir wichtig. Wir können auch nicht einfach Ausländer durch Frauen ersetzen. Aber wir haben dort Potenzial, das volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch von Bedeutung ist.

In der Stadt Bern wird mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Frauenquote von 35 Prozent für Kaderstellen eingeführt. Was sagen Sie dazu?

Norwegen hat seit 2006 eine Quote für Verwaltungsräte grosser Firmen. Sie müssen aus mindestens 40 Prozent beider Geschlechter bestehen. Das ist heute problemlos und breit anerkannt. Das zeigt, dass Quoten ein sehr wirksames Instrument sind. Persönlich finde ich dieses Vorgehen nicht sehr schön, aber das Resultat ist interessant. Ganz entscheidend für Quoten ist aber, dass die Voraussetzungen bestehen. Frauen müssen Familie und Beruf vereinbaren können. Nur so gelangen auch Frauen in höhere Positionen, was ihnen wiederum den Zugang zu einem Verwaltungsratsmandat ermöglicht. Die politischen Vorarbeiten müssen also geleistet sein. Dann kann eine Quote Resultate bringen. Das zeigt Norwegen.

Werten Sie es als Signal für die Schweiz, sollte Bern diese Quote einführen?

Die Quoten-Diskussion wird im ganzen europäischen Raum geführt. Auch in Deutschland. Die Frauenquote ist ein Reizwort. Man sollte sich nicht ausschliesslich auf die Frage Quote ja oder nein konzentrieren. Sondern darauf, was man noch tun kann, um Ausgangslage und Chancengleichheit zu verbessern. Dann kann die Quote ein Thema sein. Quoten sind ein hartes, aber effizientes Instrument.

Eine isolierte Quoten-Diskussion bringt nichts?

Nein. Das polarisiert sofort. Das ist schade und wird dem Thema nicht gerecht.

In ihrer Antwort auf die Motion gibt die Stadt Bern zu, dass sie zu wenig Fortschritte gemacht hat.

Die norwegischen Quoten in den Verwaltungsräten und in der Privatwirtschaft zeigen, dass die Frauen in einem bestimmten Segment des Arbeitsmarktes echt nicht integriert sind. Das ist eine Realität. Für einmal war die Politik schneller. Als ich den Norwegern erzählte, dass die Schweizer Regierung für ein Jahr eine Frauenmehrheit hatte, staunten sie. Das erregt Aufmerksamkeit. Wir sind heute in der Politik weiter als in der Privatwirtschaft.

FRAGE DER WOCHE

SIND SIE FÜR DIE EINFÜHRUNG DER FRAUEN-QUOTE?

Stimmen Sie ab
www.sonntagonline.ch oder
E-Mail an leserbrief@sonntagonline.ch

ZWEI FRAUEN WERDEN BALD CHEFINNEN VON POST UND ALPIQ

Im September erhält die zweitgrösste Arbeitgeberin der Schweiz eine Frau als Chefin. **Susanne Ruoff** wird neue Konzernleiterin der Post. Die erfahrene IT- und Telekommanagerin wird damit Chefin über 58 000 Angestellte. Ein zweiter grosser Konzern wird demnächst eine Frau als Chefin erhalten: der Energietechnikkonzern Alpiq. Die 42-jährige Deutsche **Jasmin Staiblin** übernimmt dort das Ruder. Sie ist noch Chefin der ABB Schweiz. Neben Ruoff und Staiblin gibt es eine dritte Frau, die in einem Grossunternehmen in Topposition tätig ist: **Jeannine Pilloud,** die Leiterin Personenverkehr bei den SBB. «Mehre Studien belegen, dass ein angemessener Frauenanteil an der Firmenspitze massgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg beiträgt», schrieb 2010 die damalige Bundespräsidentin Doris Leuthard im Vorwort der Broschüre des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zu «Frauen in Führungspositionen: So gelingt's». «Die demografischen Prognosen zeigen, dass ab 2015 ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften droht. Es wäre fatal, das Potenzial der talentierten, gut ausgebildeten Frauen nicht genügend auszuschöpfen.»
Die Broschüre zeigt Beispiele von Unternehmen auf, die mit ihrer Frauenförderung Vorbild sind. Roche etwa stellte Nachholbedarf fest: Im obersten Kader fehlten die Frauen. 2010 setzte sich die Unternehmensführung deshalb ein **«Gender-Goal»:** Bis Ende 2014 sollen mindestens 20 Prozent der obersten Kaderleute Frauen sein. Auch die Geschäftsleitung der Vaudoise gab den Auftrag für einen Massnahmenplan, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Isabelle Welton, damals CEO von IBM Schweiz, machte das Ziel öffentlich, den Frauenanteil zu erhöhen. Dies im Rahmen der Strategie, Frauen anzuziehen. Und die Geschäftsleitung von Raiffeisen Schweiz hat 2006 einen Massnahmenkatalog gutgeheissen, um mehr Kaderpositionen mit Frauen zu besetzen. Raiffeisen propagiert deshalb **Jobsharing** sehr aktiv. (ATT)

EDITORIAL

Beat Schmid
stv. Chefredaktor

Die Frauenquote ist wohl unumgänglich

WIR SCHWEIZER SIND ein Volk, das sich schwertut mit Veränderungen. Geht es um die Einführung des Frauenstimmrechts (1971), der Wahl der ersten Ministerin (Elisabeth Kopp, 1988) oder die Einführung eines Mutterschaftsurlaubs (2005) – wir Schweizer sind stets die letzten Mohikaner in Europa.

SO AUCH BEI DER FÖRDERUNG von Frauen in der Berufswelt. Zwar bringen wir es fertig, immer mehr Frauen durch ein Hochschulstudium zu schleusen und hoch qualifiziert in den Berufsalltag zu entlassen. Doch spätestens nach der Geburt des ersten Kindes ist meist Schluss mit der Karriere. Mit Millionen von Steuergeldern finanziertes Wissen versickert so in den Vorgärten schmucker Vorstadtsiedlungen.

ÄRGERLICH IST DAS VERSAGEN der Wirtschaft. Unternehmen geben sich zwar alle Mühe, sich möglichst frauenfreundlich herauszuputzen und erklären «Diversity», «Gender» und anderen Geschlechterfragen zu ihren Prioritäten. Doch die Realität sieht anders aus: In der 13-köpfigen Geschäftsleitung des weltweit grössten Nahrungsmittelkonzerns Nestlé sitzt gerade mal eine Frau. Man müsste meinen, dass Ernährungsfragen eigentlich zu den klassischen Kernkompetenzen einer Frau gehören. Bitter ist: Selbst mit einem Frauenanteil von weniger als 8 Prozent in der Konzernleitung zählt Nestlé nicht mal zu den schlechtesten Firmen.

DAS ZEIGT: Grosse börsenkotierte Firmen bringen es trotz aller Beteuerungen nicht fertig, eine echte Balance zwischen Frauen und Männern über alle Hierarchiestufen hinweg aufzubauen. In der Frage der Geschlechtergerechtigkeit scheinen gewinnstrebende Firmen also schlicht unfähig zu sein. Und weil dem so ist, ist die Einführung einer Frauenquote nicht nur beim Staat, sondern auch in der Privatwirtschaft wohl unumgänglich.

DENN DIE SCHWEIZ kann sich einen verschwenderischen Umgang mit der «Ressource Frau» schon bald nicht mehr leisten. Die Verschärfung der Rentenproblematik in den kommenden Jahrzehnten zwingt unsere Volkswirtschaft dazu, nicht nur die Arbeitswilligen, sondern alle Menschen, die zur Arbeit fähig sind, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehören selbstverständlich auch die Frauen.

beat.schmid@sonntagonline.ch